

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Ram, Razborcan und Hintner

zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2005, Ltg. 241/V-2

betreffend: **Verlängerung der Wiener U-Bahnlinien auf niederösterreichisches Gebiet und begleitende Maßnahmen**

Die bevölkerungsreichen Bezirke rund um Wien leiden unter dem starken Individualverkehr, der vor allem durch die hohen Pendlerbewegungen von und nach Wien hervorgerufen wird. Die täglichen Staus auf der Südosttangente und den Stadteinfahrten von Wien belasten die Umwelt in beträchtlichem Ausmaß. Um diesen enormen Individualverkehr im Ballungsraum rund um Wien einzudämmen, ist es unbedingt erforderlich, das öffentliche U-Bahnnetz der Stadt Wien auf niederösterreichisches Gebiet auszudehnen. Dabei müssen bei den zu errichtenden Endstellen großzügige Parkmöglichkeiten geplant, geeignete Zubringer- und Anbindungsdienste (Cableliner, Kombizüge etc.) integriert, und die Anbindung des Tangentialverkehrs sichergestellt werden. Die Annahme der öffentlichen Verkehrsmittel ist für die Pendler umso attraktiver, je näher zu deren Wohnsitz bzw. Arbeitsplatz geeignete Umsteigstellen errichtet werden.

Im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte ist eine gute Verkehrsinfrastruktur eine immer wichtiger werdende Entscheidungsgrundlage für Betriebsansiedlungen bzw. den Ausbau bestehender Betriebe. Es ist daher im Sinne der Erhaltung des derzeitigen Stellenwertes des Wirtschaftsstandortes Wien-Umland, der Sicherung der Lebensqualität und des Umweltschutzes dringend notwendig, seitens der öffentlichen Hand geeignete Schritte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Ballungsraum rund um Wien zu setzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die bereits gemeinsam mit der Stadt Wien laufenden Untersuchungen ehestens abzuschließen und je nach Ergebnis Verhandlungen mit der Stadt Wien sowie den zuständigen Stellen des Bundes über eine gemeinsame Realisierung von U-Bahnverlängerungen über die Wiener Stadtgrenze hinaus auf niederösterreichisches Gebiet aufzunehmen.“